

// Digitale Bildung
vor Ort (S. 2)

// Neuausrichtung des
Kreisverbandes (S. 4)

// Lügenpresse
(S. 6)

Transparenz und Bürgerbeteiligung!



Foto: WeM

Interview mit van Lessen

mischen beizutragen?

Jan van Lessen tritt als Oberbürgermeister-Kandidat für Brandenburg an der Havel an. Der parteilose Jurist wurde von drei Fraktionen der SVV – SPD, Grünen und LINKEN – einstimmig nominiert. Die „Havelbrandung“ fragte nach seinen Motiven und Zielen.

HB: Was hat Sie bewogen, sich als Kandidat für den Oberbürgermeister-Posten zur Verfügung zu stellen?

JvL: Während der Tätigkeit im Sprecherrat der BI Packhof ist mir klar geworden, dass das politische Klima in der Stadt keine sachliche Diskussion zulässt und dass die Mehrheitsfraktionen in der SVV abweichende Meinungen nicht mehr tolerieren. Das ist eine Art des Umgangs miteinander, der der Stadt auf lange Sicht schaden wird. Ich halte das für grundfalsch und trete für mehr Gemeinsamkeit in Sachfragen ein.

HB: Wie begegnen Sie dem oft gehörten Vorwurf, als Banker und Jurist aus dem Westen zur Fremdbestimmung der Einhei-

JvL: Abgesehen davon, dass ich diesen Vorwurf der Fremdbestimmung nicht höre: Ich habe noch nirgends so lange an einem Ort gewohnt wie in Tieckow, nämlich seit nun 22 Jahren. Ich bin seit Januar 1990 im Osten Deutschlands tätig und habe in der Commerzbank mit einer Vielzahl unterschiedlichster Mitarbeiter und Kunden aus der ehemaligen DDR zu tun gehabt, mit denen ich gut klargekommen bin. Im übrigen habe ich gar nicht vor, jemanden fremdzubestimmen, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern diese Stadt besser zu machen.

HB: Was wollen Sie als oberster Verwaltungsbeamter der Stadt Brandenburg an der Havel anders bzw. besser machen als die bisherige Verwaltungsspitze?

JvL: Frühzeitige Beteiligung der von wichtigen Entscheidungen betroffenen Einwohner; keine Hinterzimmerkungeleien; besserer Bürgerservice, speziell ein besseres Online-Angebot, damit Berufstätige nicht Urlaub für einen Verwaltungsgang nehmen

müssen; mehr direkte Information und Erklärung durch die Verwaltungsspitze bzw. durch die jeweiligen Beigeordneten; Einführung eines modernen Personalentwicklungskonzeptes in der Stadtverwaltung; Verbesserung der Pendlersituation am Bahnhof; Einführung einer „richtigen“ Ehrenamtskarte; Stadtentwicklung über die Innenstadt hinaus mit tragfähigen Konzepten für die Stadt- und Ortsteile; Verkehrsentlastung in der Innenstadt.

HB: In welchen kommunalen Bereichen sehen Sie die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit und auf welche Verbündeten wollen Sie sich stützen?

JvL: Schwerpunkte werden der öffentliche Nahverkehr incl. der Anbindung an Berlin, die Erhaltung und Stärkung des Gesundheitsstandortes Brandenburg, die Stärkung des Kulturstandortes Brandenburg, die Verbesserung des zerrütteten Verhältnisses zur Landesregierung und die Verbreiterung des Betreuungsangebotes für Kinder sein. Ich bin sicher, bei den mich unterstützenden Parteien Unterstützung zu finden. Angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse in der SVV, die ja bis 2019 andauern werden, werde ich auch Unterstützung bei der CDU und der FDP suchen müssen. Mit dem Weggang der bisherigen OB könnten sich dort bei einzelnen Abgeordneten Abhängigkeiten lösen und Sachentscheidungen in den Vordergrund treten. Im Übrigen hat auch der weiter im Amt bleibende Kämmerer ein Interesse daran, seinen Haushalt durchzubringen.

... weiter auf Seite 4.

Wahlkampfaktionen im Stadtgebiet mit OB-Kandidat Jan van Lessen

- 03.02.2018 - 10 Uhr // gemeinsamer Infostand SPD/LINKE GRÜNE→Neustädtischer Markt
- 05.02.2018 - 10 Uhr // Podiumsdiskussion→Ort: Haus der Begegnung, Jacobstraße 12
- 15.02.2018 - 19 Uhr // MAZ-Wahlforum→Audimax der THB, Magdeburger Str. 50
- 24.02.2018 - 10 Uhr // gemeinsamer Infostand SPD/LINKE/GRÜNE→Neustädtischer Markt
- 25.02.2018 - 17 Uhr // Wahlparty→Fontaneclub

Am Rande notiert

Danach gefragt, was er als seine übergreifende Aufgabe als künftiger OB ansieht, antwortete Jan van Lessen: "Die Stadtpolitik so zu kommunizieren, dass jeder sie versteht und sich eingeladen fühlt, seinen Teil zum Gelingen beizutragen."

Bei seinen Haustür-Touren durch Brandenburg Nord habe sich ein Eindruck verfestigt, berichtete Jan van Lessen: Er sei freundlich in eine überheizte Wohnung mit zu lautem Fernseher gebeten worden. Oft stand ein Rollator im Flur. Dieses Erlebnis von vielen einsamen Menschen habe ihn sehr nachdenklich gemacht. Er wolle sich dafür einsetzen, Begegnungsorte zu schaffen, wo sie Kontakt und Austausch finden können.

Das Wahlkampfduell der beiden OB-Kandidaten zum Thema Kultur deutete eine mögliche Aufgabenverteilung zwischen Scheller und van Lessen an: Scheller sprach von der Erweiterung finanzieller Spielräume, van Lessen von neuen inhaltlichen Akzenten. Scheller: "Für die Details lasse ich mir dann mal von Herrn van Lessen einige seiner Karteikärtchen geben."

Ob jemand als Einheimischer oder als Zugezogener eingestuft wird, liegt manchmal an Kleinigkeiten, z. B. ob man Ortsnamen der Region richtig ausspricht. Falsche Betonungen – Lenin, Göttin, Kirchmöser – gehen gar nicht! Eine neu angesiedelte (oder lernunwillige) Dame fragte Jan van Lessen nach Möglichkeiten einer besseren Verkehrsanbindung für Kirchmöser, penetrant das "Kirch-" betonend. Van Lessen nutzte die Gelegenheit, den Ortsnamen mehrmals hintereinander sanft, aber nachdrücklich nach hiesigem Usus auszusprechen. Auch bei anderen Details bestand er den Ortskundigen-Test mit Bravour.

Redaktion HB

Die Zukunft mitgestalten – Digitale Bildung vor Ort



Übergabe eines Klassensatzes Calliope Minis an den CAT, ein Jugendprojekt in Brandenburg an der Havel; Foto: Claudia Sprengel

Unsere Kinder wachsen in einer digitalen Gesellschaft auf, die sie eines Tages mitgestalten sollen. Dafür braucht es zukunftsorientierte Bildung, die also nicht nur Dinosaurier, Despoten und Dieselmotoren thematisiert, sondern auch Medienkompetenz vermittelt, ein Verständnis für Robotik, das Internet der Dinge, Chancen und Risiken durch Technologie und Grundlagen des Programmierens – der Weltsprache des digitalen Zeitalters. Das alles findet viel zu wenig statt, denn es fehlt an Konzepten und an Geld, z. B. für die Qualifizierung von Lehrkräften und für elektronische Lehrmittel. Die Linke im Bundestag hat deshalb die Aufhebung des Kooperations-

verbots zwischen Bund und Ländern in der Bildung beantragt, damit ein Digitalpakt des Bundes machbar ist. Wir hoffen, dafür eine Mehrheit zu finden. Aber gute Bildung kann nicht darauf warten, bis alle Rahmenbedingungen perfekt sind, deshalb möchte ich persönlich dazu beitragen, dass bereits existierende gute Beispiele sich verbreiten können.

Für dieses Ziel möchte ich Bildungseinrichtungen in meinen Wahlkreisen, also auch in Brandenburg an der Havel, mit dem Calliope Mini ausstatten. Dieser Mini-Controller ist ideal, um Kinder ab der 3. Klasse niedrigschwellig an Elektronik und das Programmieren her-

anzuführen. Die sternförmige Platine ist bereits mit diversen Sensoren, Schaltknöpfen und einem Lautsprecher ausgestattet und kann mit weiteren Bauteilen verbunden werden. Ihre 25 LED Lampen sind programmierbar und können Zahlen, Buchstaben oder Zeichen, z.B. einen Smiley, aufleuchten lassen. Ich habe selbst erlebt, wie der kleine elektronische Stern Kinder begeistert. Lernen muss auch Spaß machen – mit dem Calliope Mini klappt das super. Mit einem einfachen Programmier-Editor lernen Kinder, kleine Programme dafür zu schreiben. Der Mini Controller ist fächerübergreifend einsetzbar, für viele Projekte gibt es frei verfügbare Lehrmaterialien. Kinder kön-

nen in Physik eine Wetterstation konstruieren, in Sport ihre Geschwindigkeit ermitteln, für Musik ein Miniklavier bauen, in Biologie die Feuchte in Blumenerde messen, in Mathematik einen Zufallszahlengenerator oder Kopfrechentrainer programmieren und im Informatikunterricht Spiele entwickeln, Morsecodes versenden oder ein fernsteuerbares Auto bauen.

Als Publizistin habe ich manchmal Nebeneinkünfte durch Artikel oder Vorträge. Alle diese Nebeneinkünfte werde ich spenden, um dieses vielseitige kleine Gerät möglichst vielen Schülerinnen und Schülern zukommen zu lassen. Engagierte Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen

(v.a. Grundschulen), die ein Interesse daran haben, mit dem Calliope Mini zu arbeiten, können sich daher ab sofort bei mir melden. *Über mein Wahlkreisbüro in der Kirchhofstraße 1-2 oder per Email an anke.domscheit-berg.ma04@bundestag.de ist meine Mitarbeiterin Claudia für eure Anfragen zum Programm erreichbar.* Ich würde mich auch freuen, wenn sich lokale Unternehmen und Verbände der Initiative anschließen, um noch mehr Schülerinnen und Schülern gute Lernmöglichkeiten zu bieten.

*Anke Domscheit-Berg
(Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE.)*

Halbzeit im NSU-Untersuchungsausschuss

150.000 Blatt Akten, 16 Sitzungen mit 100 Sitzungsstunden – Was hat es bisher gebracht?

Im April 2016 hat der Brandenburger Landtag den NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Er soll aufklären, ob Handeln oder Unterlassen der Brandenburger Sicherheits- und Justizbehörden die Bildung und die Taten der Terrorgruppe NSU begünstigt und/oder die Aufklärung und Verfolgung der begangenen Straftaten erschwert haben.

Im ersten Schritt hat sich der Ausschuss mit dem Tatkomplex „Nationale Bewegung“ beschäftigt. Dieser Komplex wurde aufgrund der Vermutung untersucht, dass es diese Terrorgruppe möglicherweise gar nicht gegeben hätte, sondern sie ggf. eine Erfindung des Verfassungsschutzes gewesen ist. Dies hat sich nicht bestätigt. Vielmehr führten Ermittlungsfehler und ein teilweise verfassungswidriges Näheverhältnis von Verfassungsschutz und Polizei zu Strafbarkeitslücken bei Neonazis, aber auch Staatsbediensteten.

Bereits in diesem Komplex gewann der Ausschuss jedoch bedeutsame Erkenntnisse zu Angehörigen des verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“ und personelle Zusammenhänge ins mutmaßliche Unterstützermilieu des „NSU“.

In den kommenden Monaten wird sich der Ausschuss schwerpunktmäßig mit den Umständen der Anwerbung, Tätigkeit und Enttarnung des brandenburgischen V-Manns „Piatto“, Carsten Szczepanski, beschäftigen.

Andrea Johlige (MdB)

Tolle Pflegekräfte, aber chronisch überlastet

Im Gesundheitswesen unserer Stadt sind etwa 5.000, darunter allein im Klinikum um 1.000 Menschen beschäftigt. Wie von vielen Patienten erlebt, zeichnen sie sich durch ein hohes Berufsethos aus – und das trotz mieser Arbeitsbedingungen.

Besonders seit Einführung der Leistungsabrechnung nach sogenannten Fallpauschalen ist die Aufenthaltsdauer der Patienten in den Krankenhäusern gesunken und zugleich die Zahl der Behandlungen gestiegen. Die Anzahl der Pflegekräfte blieb dagegen gleich oder wurde geringer. Dies führte bei ihnen zu chronischer Überlastung, Dauerstress und einem erhöhten Krankenstand. Im Bereich der Alten- und der ambulanten Pflege sind die Zustände sogar noch gravierender. Ines Brade, Pflegefachkraft im Kli-

nikum, machte in der Bürgerfragestunde im September 2017 auf den Personalmangel aufmerksam und erklärte: „Wir arbeiten am physischen und psychischen Limit.“ Steffen Scheller, amtierender OB, entgegnete, für eine Anpassung der Krankenhausbudgets sei eigentlich die Bundespolitik zuständig. Eigene Möglichkeiten, derartiges anzuschließen, nannte er nicht.

Die Gewerkschaft ver.di stellte bereits 2013 fest, dass allein im Pflegebereich bundesweit rund 70.000 Vollzeitstellen fehlen. Die Überlastung der Pflegedienste gefährde die Patientensicherheit in den Krankenhäusern. Schwere Komplikationen aufgrund des Pflegenotstands reichten von Herzstillstand über Thromboseembolie, Sepsis und Dekubitus bis hin zu Medikationsfehlern.

Wie der Presse zu entnehmen ist, haben die Union und die SPD in ihrem Sondierungspapier angekündigt, die Personalausstattung in der Pflege und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dafür sollen z. B. 8.000 neue Fachkraftstellen in der Behandlungspflege in Heimen geschaffen werden. Auf allen bettenführenden Abteilungen in den Krankenhäusern sollen zudem Personaluntergrenzen eingeführt werden. Hört sich gut an, ist aber, bezogen auf die knapp 13.000 existierenden Heime, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zudem mutiert die gesetzliche Personalmindestbesetzung in der Praxis schnell zur gesetzlichen Obergrenze.

Die Ursachen dieser negativen Entwicklung liegen in dem stetig wachsenden Druck auf das Gesundheitswesen, sei-



Städtisches Klinikum Brandenburg; Foto: WeM

ne Leistungen nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien zu bemessen, anstatt sie als öffentliche Daseinsvorsorge zu begreifen. Profitmacherei statt Mitmenschlichkeit.

Wenn dann behauptet wird, mehr Geld sei eben nicht da, muss die Frage erlaubt sein: Und warum steht immer mehr Geld für Aufrüstungsprogram-

me und Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Verfügung?

Jetzt muss es darum gehen, die Kämpfe der Gewerkschaft ver.di und die Bildung eines breiten Bürgerbündnisses für mehr Personal in der Pflege zu unterstützen.

Werner Becker
Mitglied der DKP

Ein guter Tag für Menschen mit Handicap

Lokaler Teilhabeplan wurde einstimmig angenommen

Im Jahr 2013 hatte die Stadtverordnetenversammlung, angestoßen durch einen Antrag der LINKEN, die Erarbeitung eines Teilhabeplanes für Menschen mit Behinderungen beschlossen. Im November 2017 hat die SVV einstimmig den fertigen Plan angenommen. Zwischen diesen beiden Daten lag eine Zeit intensiver Beratungen, Befragungen, Vor-Ort-Besuchen und Recherchen. Manche der Beteiligten hatten die Dinge noch nie als Problem betrachtet – weil für sie die hohe Bordsteinkante oder die fehlende Hinweistafel keine Hürde darstellt. Andere, nämlich Menschen mit Behinderungen, sind in der gleichen Situation ausgeschlossen, ausgegrenzt, „draußen“.

Hauptsächliches Ergebnis des lokalen Teilhabeplanes sind 54 Maßnahmen, auf die sich 5 Arbeitsgruppen sowie die Teilnehmer eines Abschlussplenums verständigt haben. Einige Maßnahmen sind kurzfristig und mit wenig Aufwand (Geld) umsetzbar. Für die meisten sind

aber noch Kosten zu ermitteln, konkrete Umsetzungsschritte festzulegen oder weitere Behörden, Institutionen und Unternehmen einzubeziehen. Diese Untersetzung ist nun durch die Stadtverwaltung zu leisten und als „Umsetzungsplan“ der SVV vorzulegen. Die Verwaltung wird zugleich verpflichtet, künftig regelmäßig – mindestens 1 mal im Jahr – sowohl in den Ausschüssen der SVV als auch in der Öffentlichkeit über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Nach dem Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur „Erklärung von Barcelona“, der Schaffung verbindlicher Beteiligungsrechte für den Behindertenbeirat und den schon erreichten praktischen Schritten für Barrierefreiheit liefert der Teilhabeplan noch einmal eine Positionsbestimmung und formuliert konkrete und abrechenbare Ziele. Die Messlatte für die Stadtpolitik hängt hoch.

Dr. Wolfgang Erlebach
Beigeordneter, DIE LINKE

Neue Chancen fürs Theater

Mittlerweile steht fest, dass die finanzielle Schiefelage des Brandenburger Theaters (BT) dank der rigiden Sparmaßnahmen von Klaus Deschner gerade gerückt werden konnte – dennoch bleiben Baustellen in Sachen Theater, die angesichts der geheilten Finanzen aber eher als Luxusproblem gelten können. So hatten die Brandenburger Kulturinteressierten immer den Eindruck, bei den Verhandlungen zum Theater- und Konzertverbund (TKV) schlecht weggekommen zu sein, sprich: zur Abnahme von manch ungeliebten (und dann schlecht besuchten) Veranstaltungen der anderen Verbundpartner genötigt worden zu sein. Der jüngste Vertrag verspricht diesbezüglich Besserungen; obendrein soll bis Jahresmitte im Auftrag des Landes ein Gutachten zum TKV erstellt werden, auf dessen Grundlage weitere Veränderungen des Verbundes entschieden werden. Demzufolge lässt sich aktuell die künstlerische Ausrichtung des BT noch nicht verlässlich festlegen. Hinzu kommt, dass die Absage der Kreisgebietsreform mit neuen, derzeit noch schwer zu bestimmenden Rahmenbedingungen verbunden ist: Das Land hat höhere Zuwendungen aus dem Finanzausgleichsgesetz versprochen, aber ob bzw. in welcher Höhe die frei werdenden kommunalen Mittel im Kulturbereich belassen werden, ist nicht endgültig geklärt. Auch hier gilt das Prinzip Hoffnung. Angesichts dieser Unsicherheiten kann die derzeit nicht besetzte Stelle der Künstlerischen Leiterin bzw. des Leiters noch nicht ausgeschrieben werden.

Wenn Bürgermeister Scheller trotzdem den Gedanken des Wiederaufbaus einer Schauspielsparte ins Gespräch bringt, so ist dies wohl eher unter Theaterdonner zu verbuchen.

Dr. Uta Sändig



Studiobühne des Brandenburger Theaters; Foto: WeM

// weiter der Artikel Seite 1: **Tranzparenz und Bürgerbeteiligung! Interview mit van Lessen**

HB: Wenn Sie Ihren Mitbewerber Steffen Scheller mit wenigen Worten charakterisieren sollten – welche würden Ihnen einfallen?

JvL: Ich kenne Herrn Scheller nicht so gut, als dass ich ihn charakterisieren könnte. Mir ist in seinen Diskussionen mit der BI Packhof aufgefallen, dass er bei abweichenden Meinungen sehr ungeduldig ist und seine Gesprächspartner kurz abfertigt. Das wirkt nicht immer souverän. In den Sitzungen der SVV neigt er nach meiner Wahrnehmung zu sehr ausführlichen Statements, die in der Regel weit über das notwendige Maß hinausgehen und etwas ermüdend wirken. Er ist sicherlich ein erfahrener

Kämmerer, der die Vorgaben seiner Vorgesetzten zuverlässig umsetzt. Durch besondere Kreativität über seinen Haushaltsbereich hinaus ist er mir in den vergangenen Monaten nicht aufgefallen. Auffällig ist in den letzten Wochen, dass er meint, sich von den unerfreulichen Entwicklungen beim Umgang innerhalb der Stadt absetzen zu können, obwohl er dafür wesentlich mit verantwortlich ist. Ich glaube, dass ihm das nicht gelingen wird.

HB: Vielen Dank für die aufschlussreichen Auskünfte! Und viel Glück für die bevorstehende Wahl.

*Für die Havelbrandung fragte:
Dr. Uta Sändig*



Ilona Friedland



Andreas Kutsche

Neuausrichtung unseres Kreisverbandes

Seit dem 25.11.2017 hat DIE LINKE. Brandenburg an der Havel einen neuen Vorstand. Dieser ist durch einen Wechsel an der Spitze geprägt: Die neuen Vorsitzenden heißen Ilona Friedland und Andreas Kutsche. Die bisherigen Vorsitzenden, Elke Kroll und Lutz Krakau, haben nach mehreren Jahren in diesem Amt nicht wieder für den Vorsitz kandidiert; sie unterstützen die neuen Vorsitzenden nunmehr aus der 2. Reihe. Am 5.12. und nochmals am 19.12. 2017 traf sich der neue Vorstand zur konstituierenden Sitzung und diskutierte erste Gedanken zur künftigen Vorstandsarbeit und zur Aufgabenverteilung. Auf Grundlage dieser beiden Sitzungen entstand in der Folge eine Arbeitsplanung für das Jahr 2018. Oberste Priorität hat für uns, das Wirken des Vorstandes auf die Festigung des Kreisverbandes und die Einbeziehung aller unserer Mitglieder – besonders auch der neuen – zu richten. Darüber hinaus halten wir es für wichtig, mit einer wesentlich verbesserten Ausstrahlung unsere Ziele in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Wir waren uns darüber einig, dass wir neben der parteiinternen Arbeit auch mit geeigneten, öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen die Akzeptanz unserer Partei in der Bevölkerung verbessern müssen, um verlorene Wähler wiedergewinnen zu können und neue für uns zu interessieren.

Jung, engagiert, erfahren



Foto: WeM

war gleichzeitig Gleichstellungsbeauftragte der Stadt. Die Historikerin arbeitet in Brandenburg an der Havel als Wahlkreismitarbeiterin unserer neuen Bundestagsabgeordneten Anke Domscheit-Berg. Darüber hinaus gehört sie seit 2016 dem Bundesvorstand unserer Partei an.

„Ich möchte mich vor allem für die Belange von Frauen und für deren Gleichstellung in allen sozialen Bereichen einsetzen“, erklärt Claudia Sprengel. Zu ihren weiteren politischen Schwerpunktthemen zählen Antifaschismus, Digitales, Jugend und Bildung. Als Wahlkreismitarbeiterin freut sich Claudia Sprengel vor allem „auf die Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen vor Ort und viele neue Erfahrungen in Brandenburg an der Havel“.

Liebe Claudia, herzlich willkommen in unserer Stadt und unserem Kreisverband. Wir freuen uns auf dich sowie auf deine Ideen und Aktivitäten.

Daniel Herzog

Welche Arbeitsschwerpunkte haben wir uns für die nächste Zeit gegeben?

- //1. In den kommenden Wochen steht als vordringlichste Aufgabe, einen erfolgreichen OB-Wahlkampf für den gemeinsamen Kandidaten, Herrn Jan van Lessen, zu organisieren und ihn selbst bei allen Aktivitäten optimal zu unterstützen. Wir sind überzeugt, dass mit einem OB van Lessen das politische Klima in unserer Stadt entscheidend zum Positiven verändert werden kann und auch wieder die Möglichkeit besteht, linke Impulse in der Stadt zu setzen.
- //2. Wir wollen erreichen, dass im Miteinander mit der Basis Beschlussentwürfe des Vorstandes beraten werden, um ein Ergebnis zu finden, mit dem sich jedes Mitglied identifizieren kann. Auch die bisher nicht aktiven Mitglieder wollen wir aktivieren.
- //3. Die politische Arbeit soll wieder Einzug in unseren Parteialltag finden. Dazu soll die AG „Politische Bildung“ reaktiviert werden; die von den Mitgliedern vorgeschlagenen Themen werden in entsprechenden Veranstaltungen realisiert.
- //4. Eine weitere vordringliche Aufgabe sehen wir darin, durch wirksame Überzeugungsarbeit neue Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen.
- //5. Darüber hinaus wollen wir uns als außerparteilicher Organisator sogenannter BürgerInnenbewegungen etablieren und ein breites Bündnis über Vereine und Verbände für die Belange der BürgerInnen schaffen.
- //6. Über gemeinsam verbrachte Freizeitaktivitäten soll der Zusammenhalt im Kreisverband gefestigt werden; schließlich soll gesellschaftliche Arbeit auch Spaß machen.

Das sind ambitionierte, aber erreichbare Ziele – an unserer Bereitschaft soll es nicht mangeln.

Ilona Friedland und Andreas Kutsche Vorsitzende des Kreisverbandes der LINKEN Brandenburg an der Havel

Eine gebürtige Premnitzerin verstärkt seit verganginem Jahr nicht nur unseren Kreisverband. Claudia Sprengel wurde darüber hinaus im November von den Mitgliedern in den Kreisvorstand gewählt und übernimmt somit gleich Verantwortung in ihrer neuen Wahlheimat. Doch das ist nicht neu für die 28-Jährige.

Claudia Sprengel war bereits von 2015 bis 2017 Vorstandsmitglied bei den Genoss*innen im Havelland. Von 2014 bis 2017 gehörte sie der Fraktion DIE LINKE in der Premnitzer Stadtverordnetenversammlung an und

Alles zurück auf Anfang?

Wie weiter nach Absage der Kreisgebietsreform?

Landtag Mitte Oktober: Bei einer Anhörung der Verwaltungen der Kreise und kreisfreien Städte zur Kreisgebietsreform wurde heftige Kritik zum Planungsstand geäußert. Und Kritik begleitete die ganze Reform. SPD und LINKE haben versucht, Mehrheiten für ein Vorhaben zu gewinnen, von dessen Notwendigkeit sie – auch nach Absage der Kreisgebietsreform – überzeugt sind. Denn eigentlicher Sinn der Reform war es, die öffentliche Daseinsvorsorge und Handlungsfähigkeit der Verwaltung in der Zukunft zu sichern. Es ging nicht darum, mit der Reform Geld einzusparen, sondern den Anstieg der Verwaltungskosten in den nächsten Jahrzehnten zu begrenzen. Aber das zu vermitteln ist nicht geglückt. Trotzdem war es richtig, die Reform zu versuchen, denn: *Wenn man in der Politik nicht um Mehrheiten ringt, macht man eigentlich Politik nach aktueller Stimmungslage, und das wäre verantwortungslos.* Während der Anhörung wurde deutlich: Die Kreise und kreisfreien Städte waren nicht bereit, die Reform gemeinsam mit dem Land umzusetzen. Also war es richtig, sie abzusagen. Denn ein Regieren gegen mehrheitlich andere Auffassungen ergibt keinen Sinn. *Es gehört Mut dazu, Entscheidungen zu korrigieren, wenn es keine Mehrheiten dafür gibt.* Wir müssen nun darüber ins Gespräch kommen, welche anderen Wege es gibt, die Probleme zu lösen, die in der Fläche des Landes vorhanden sind. Die Verwaltungsstrukturreform wäre nur eine Maßnahme von vielen gewesen, die die Zukunftsfähigkeit des Landes über 2019 hinaus sicher stellen sollte. Zu diesem Bündel von Maßnahmen zählen zum Beispiel auch die Landesentwicklungsplanung, das Mobilitätskonzept, das Finanzausgleichsgesetz, die Krankenhausplanung. Keines dieser Vorhaben hat an Bedeutung verloren.

Deshalb wird sich die LINKE in den nächsten Monaten unter anderem für Folgendes einsetzen:

// Im Finanzausgleichsgesetz soll der Soziallastenausgleich zwischen den Kommunen und dem Land neu gestaltet werden; es soll mehr Geld zur Verfügung stehen, um Sozialkosten auszugleichen.

// Die Funktion der Grundzentren (Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit überregionalen Aufgaben; wie Schulen, Nahversorgung) soll finanziell abgesichert werden. Zugleich sollen den Kommunen im berlinnahen Raum mehr Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden. Dazu gehört, mehr Siedlungs- und Gewerbefläche auszuweisen.

// Landesweit gibt es etwa 25 Kommunen, die sich freiwillig zusammenschließen wollen. Diese müssen unterstützt werden.

// Die Unterstützung der ehrenamtlichen Kreistagsarbeit wird trotzdem verbessert; sie war nie an die Kreisgebietsreform geknüpft. In der Fläche des Landes ist ehrenamtliche Arbeit dringend zu fördern.

Es muss jetzt an vielen Stellen nach neuen Wegen gesucht werden – auch ohne Kreisneugliederung. Das sind derzeit nur die dringendsten zu regelnden Aufgaben.

Ralf Christoffers

Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag



Europaabgeordneter Helmut Scholz (3 v.l.); Foto: Felix Thier

Auf der Agenda für 2018

Der Brandenburger Europaabgeordnete Helmut Scholz (DIE LINKE.) im Gespräch

Am 12. Januar lud die Landespresse die Brandenburger Europaabgeordneten zu einem Gespräch ein und Helmut Scholz (DIE LINKE.) berichtete zusammen mit seinen Parlamentskollegen Susanne Melior (SPD), Ska Keller (Grüne) und Dr. Christian Ehler (CDU) über die Aufgaben für 2018. Schwerpunkte seiner Arbeit sieht Helmut Scholz, basierend auf seiner Mitgliedschaft in den Ausschüssen für Handel und Verfassungsfragen, in den Themen Brexitverhandlungen und Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019. Bei beiden Punkten stehe man bereits unter gehörigem Zeitdruck, sind doch die Verhandlungen innerhalb von zwei Jahren nach dem offiziellen Austrittsgesuch des EU-Mitglieds abzuschließen – und das ist bis zum 29. März 2019. Nicht weniger Zeitdruck bestehe bei der Parlamentswahl: Da die Wahlen zum Europäischen Parlament in nationalen Gesetzen geregelt werden müssen, hat beispielsweise Frankreich dafür laut seiner Verfassung nur noch bis Mitte 2018 Zeit. Und dabei seien auf europäischer Ebene Punkte wie die Neufassung des Wahlrechts, die zukünftige Sitzverteilung nach Ausscheiden der Briten oder auch die Frage nach europaweiten einheitlichen Wahllisten ungeklärt. Leider gebe es hier, insbesondere aufgrund nationaler Interessen, seit Jahren kaum Bewegung.

Scholz machte deutlich, dass der Brexit auch Auswirkungen auf Brandenburg haben wird. Nicht nur, dass britische Unternehmen Standorte in der Region hätten, wie zum Beispiel Rolls Royce in Dahlewitz. Auch würden die wegfallenden Zahlungen der Briten in den EU-Haushalt spürbare Mindereinnahmen bringen. Was sich wiederum auf die Ausgaben der EU, beispielsweise für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) oder den Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) auswirken wird. Helmut Scholz ist klar für die Fortsetzung solcher Förderinstrumente, kämen diese doch den Menschen vor Ort zu Gute. Nicht zuletzt stärke die Förderpolitik die Demokratie: Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Zukunftsperspektiven sind Punkte gegen Rechtspopulismus. Auch lasse sich damit der nötige Strukturwandel in der Lausitz, weg von der Kohle, einfacher gestalten – eine Aufgabe, die neben Brandenburg auch Sachsen und die angrenzenden polnischen Gebietskörperschaften betreffe.

Helmut Scholz formulierte die Erwartung, Brandenburg und auch die anderen Bundesländer müssten sich in Sachen internationaler Handel viel stärker über den Bundesrat in die Bundespolitik einmischen. Denn der Handel wird mittlerweile fast ausschließlich auf europäischer Ebene ausgestaltet – und hier spreche die deutsche Bundesregierung ein großes Wort mit. Das Einmischen liege für Brandenburg im eigenen Interesse, da mit der Internationalisierung auch der Druck auf Brandenburger Betriebe, zum Beispiel in der Landwirtschaft, zunehme.

Felix Thier



Bella gibt ihren Senf dazu

Hallo Leute,

neulich kamen zwei meiner Kundinnen auf den „Schwarzen Kanal“ zu sprechen. Ick war perplex: „Wat interessiert euch denn heute noch diese Hetzsendung von Sudel-Ede? Die ist doch Asbach uralt. Als die abgeschafft wurde, wart ihr noch halbe Kinder.“ Jut, die letzte Bemerkung war pure Schmeichelei, denn Susi und Marlies haben mittlerweile die Fünzig weit überschritten, aber ein bisschen schmeicheln jehört nun mal zu meinem Berufsprofil als Friseurin inne Scharfe Schere.

„Olle Karl-Eduard von Schnitzlers Kanal meinen wir doch jar nich“, sagte Susi. „Noch nix vom Schwarzen Kanal Brandenburg jehört?“, fragte Marlies. „Jetzt übertreibt ihr aber“, sagte ick, „das eine war üble, unrechtsstaatliche Propaganda, das andere ist saubere, rechtsstaatliche Medienarbeit.“ Natürlich wollt' ick die beiden mit diesen abjelutschten Formulierungen nur aus der Reserve locken – und das klappte auch.

„Wie naiv bist du eigentlich?“, empörte sich Susi. „Der alte Kanal ließ an den Kapitalisten kein gutes Haar, der neue macht das selbe mit den Sozialisten, von Kommunisten janz zu schweigen.“ Und Marlies ergänzte: „Janz simplet Muster: Je mehr du deine Gegner int Zwielight rückst, desto strahlender stehn deine Freunde da. Hast du in unserem Kanal schon jemals ein kritisches Wort über die Brandenburger Christdemokraten jehört? Oder auf der anderen Seite ein jutet Wort über die Bürgerinitiative Packhof?“ Und Susi fügte hinzu: „Pikantet Detail: Der Meister dieser Schwarz-Weiß-Malerei kommt aus dem tiefsten Westen. Wie sagt man so schön: Vom Wessi lernen, heißt siegen lernen.“ Da ist leider sehr viel Wahres dran, meint

Eure Bella Branne

Woran merkt man, ob die Presse lügt?

**Aus unserer Rubrik
„Im Lexikon geblättert“**

Mit "Presse" ist die "Gesamtheit der Zeitungen und Zeitschriften und ihrer Institutionen" gemeint. Das sinnverwandte Fremdwort „Printmedien“ schließt darüber hinaus auch andere Druckerzeugnisse ein, wie Bücher, Flyer und Broschüren. Wenn von "Lügenpresse" die Rede ist, kommt eine zusätzliche Begriffserweiterung zum Zuge: Nicht nur gedruckte Texte sind gemeint, sondern auch solche, die über elektronische Kanäle verbreitet wurden. Dadurch entsteht, wie auch durch das Bestimmungswort "Lüge", eine Mehrdeutigkeit. Lüge meint die "bewusst falsche Aussage zur Täuschung anderer", aber in den sinnverwandten Wörtern Unwahrheit, Halbwahrheit, Irreführung, Flunkerei, Ausflucht, Zwecklüge – um nur einige zu nennen – kommen unterschied-

liche Motive für die Lüge und unterschiedliche moralische Bewertungen zum Ausdruck. Wer "Lügenpresse" sagt, will damit meist eine pauschale moralische Verurteilung der Medien zum Ausdruck bringen, ohne sein Urteil begründen zu müssen. Natürlich werden Menschen von bestimmten Medien bewusst für dumm verkauft oder manipuliert, z. B. von den zahlreichen bunten Blättchen oder der Werbeindustrie – eine banale Tatsache, die der Erwähnung kaum wert ist. Weniger banal sind Erkenntnisse der Verstehensvorgang, die besagen, dass der kräftigste Impuls, einem Bericht, einer Meinung, einer Botschaft zuzustimmen, in der "individuellen Sinnvergewisserung" liegt. Salopp gesagt, schmort man am liebsten im Saft seiner eigenen Ansichten. Und was passiert, wenn eine Information der eigenen Meinung oder Erfahrung zuwider

läuft oder den persönlichen Bildungshorizont übersteigt? Wie schnell ist man dann dabei, diese Information als Lüge abzutun? Wobei die Gefahr nicht nur auf Seiten der Verbraucher, sondern auch auf Seiten der medialen Akteure besteht: Wie oft werden Fakten mit Wertungen vermischt, Vorurteile mit Urteilen, Wahrheiten im Interesse vorherrschender Meinungen zurecht gebogen, unbequeme Details verschwiegen? In diesem Dschungel durchzusehen, erfordert vor allem eines: Sich vielseitig zu informieren, komplexe Sachverhalte geistig und emotional zu durchdringen, die eigenen Ansichten von Zeit zu Zeit zu hinterfragen. Das kostet Mühe, aber bewahrt einen auch davor, "alternativen Fakten" auf den Leim zu gehen.

Dr. Uta Sändig



Vorsicht, Glosse

Verdammt, ich will Dich, ich will Dich nicht...

Je weiter erwachsene Kinder von Zuhause weg sind, desto verklärter erscheinen sie in den Augen ihrer Eltern. Von diesem in der Politik auch als „Würselen-Syndrom“ bekannten Phänomen ist im letzten Jahr die SPD schwer erwischt worden. Nach drei vermerkelten Groko-Jahren und Umfragewerten auf Bonsai-Niveau sehnten sich die Genossen um Erzengel Gabriel nach einem Messias... Und tatsächlich: Der erhoffte, zur Lichtgestalt verklärte Martin Schulz, beste Brüsseler Spitze, stieg von seinem Europäischen Olymp hernieder und sprach: „Ich bin der Martin aus Würselen, und ich will Kanzler werden!“ Da waren alle Genossen vor Verzückung ganz aus ihrem Willy-Brandt-Häuschen und wenn's rechnerisch irgendwie möglich gewesen wäre, hätten sie ihn auch mit weit über 100% zu ihrem großen Vorsitzenden gewählt. Doch, wie sang Hilde Kneef dereinst: „Von nun an ging's bergab.“ Drei verlorene Landtagswahlen und eine vergeigte Bundestagswahl später sah die Partei so zerfleddert aus wie vor Martin und nach Sturmtief „Friederike“ zusammen. Da schwor der Martin: „Nie wieder Groko! Nie wieder Merkel!“ Wieder war das Parteivolk schwer begeistert (siehe oben)...

Nun, gemessen an den meisten guten Vorsätzen mit Halbwertzeiten von Silvester bis Neujahr hielten die von Martin immerhin eine ganze Jamaika-Periode lang. Noch mitten im Wunden-Lecken – und ganz kurz vor dem geplanten Erneuerungs-Aufbruch – nahm Frank Walter, Martins inzwischen präsidential gewordener SPD-Kumpel früherer Tage, den Mann aus Würselen an die Hand und buchstabierte ihm die Staatsraison. Drauf ging Martin zuerst in sich und dann geläutert vor die Kameras: Erst jetzt sei ihm aufgegangen, dass von ihm das Wohl des ganzen Landes abhinge...

Seitdem übt er täglich die mediale Groko-Rolle rückwärts. Aus „Niemals!“ ist in Windeseile „Niemals nie!“ geworden. Im neuen politischen Fokus des einstigen Partei-Messias steht, das unzufriedene Grummeln bei Jusos und an der Parteibasis wenigstens akustisch zu übertönen. Das ist auch die Stunde von Andrea Nahles, der Dampftramme aus der Vulkaneifel. Noch vor wenigen Wochen wollte sie ihren schwarzen Schwestern „auf die Fresse“ geben. Nach ihrem schnell gelernten Rückwärts-Überschlag hat sie auf dem SPD-Parteitag das verbale Verdreschen prächtig üben können; sie hat ganz einfach nur die Fressen gewechselt, Bätschi!

Hans-Joachim Lass

Porträt Herbert Liebenow

Mein heutiger Gesprächspartner ist seit August 2016 Mitglied der LINKEN. Er ist ein umtriebiger Mensch und stets in Aktion. Herbert Liebenow ist 66 Jahre alt und ein verwitweter Vater von Zwillingen. Seine beiden Töchter schenken ihm vier Enkel. Den gelernten Brillenzurichter kennen viele Brandenburger*innen durch sein Engagement für Menschen mit einem Handicap. Er ist selbst Betroffener, war viele Jahre stellvertretender Vorsitzender des Behindertenbeirates unserer Stadt.

// HB: Seit wann bist du Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Gesundheit und welche Ziele verfolgst du dort?

H. L.: Seit Anfang 2017 bin ich in diesem Ausschuss. Mein Interesse ist, etwas für Menschen mit einem Handicap zu tun. Hier kann ich das wirksam und nachhaltig. Früher war ich im Ausschuss für Stadtentwicklung. Viele meiner Ideen wurden dort aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung realisiert, zum Beispiel behindertengerechte Zugänge zu Behörden und Einkaufsmöglichkeiten oder einfach die Einführung des Blindenleitsystems. Nicht unerwähnt soll der behindertengerechte Zugang zum öffentlichen Nahverkehr sein. Das ist auf einem guten Weg.

// HB: Welche weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten übst du aus?

H. L.: Ich bin in der Bundesarbeitsgruppe und in der Landesarbeitsgruppe Selbstbestimmte Behindertenpolitik der LINKEN in Brandenburg an der Havel bin ich Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe. Des weiteren bin ich Mitglied im Verkehrsforum der Stadt und Mitglied des Verkehrsbeirates der Verkehrsbetriebe (VBB).

// HB: Hast Du noch Zeit für Hobbys und wenn ja: Welche sind das?

H. L.: Ich unterscheide nicht zwischen Ehrenamt und Hobby. Vorrangig geht es mir doch immer darum, etwas für Menschen mit Handicap zu tun. Ich habe das Glück, nicht nur in unserer Stadt auf ein gut funktionierendes Netzwerk Gleichgesinnter zu treffen. Ohne die Unterstützung von anderen wäre vieles nicht machbar. Stellvertretend möchte ich hier Kerstin Huch nennen, von der ich viel gelernt habe.



Foto: WeM

Die Havelbrandung bedankt sich für das Gespräch und wünscht persönlich und politisch viel Erfolg.

Für die HB fragte Werner Müller

Aus unserer Rubrik: Kochen mit Links

Kalam Polo

Dieses Gericht hat mir ein iranischer Student, Farschad, empfohlen und zusammen mit meinem Sohn Bertram in unserer Küche zubereitet. Einfach, preiswert und schmackhaft ist es mittlerweile fester Bestandteil unseres Speiseplans.

Zutaten für 4 – 6 Personen:

- 500 g Gehacktes (Misch- oder Schweinehack)
- ein kleiner Weißkohl
- eine mittelgroße Zwiebel
- 250 g Reis
- etwas Öl
- drei Esslöffel Butter
- 4 Teel. Baharat (arabische/persische Gewürzmischung aus: Paprika, Koriander, Nelken, Kreuzkümmel, Kardamom, Muskat und Zimt, gibts in Spezialläden, kann man sich aber auch selbst mischen)
- Salz und Pfeffer nach Bedarf



Foto: U. Sändig

Weißkohl in dünne, kurze Streifen schneiden, Zwiebel klein würfeln. Gehacktes in einem höheren Topf mit wenig Öl scharf anbraten und mit dem Weißkohl und den Zwiebelwürfeln mischen, die Hälfte der Gewürzmischung zugeben; etwa 10 Minuten bei milder Hitze durchziehen lassen, so dass ein dicker Brei entsteht. Mehrmals umrühren; den Brei in einem geeigneten Gefäß parken. Unterdessen den Reis nach Packungsbeilage nicht zu weich kochen. Immer abwechselnd erst eine Schicht Fleisch-Kohl-Brei, dann eine Schicht Reis in den Topf von vorhin geben, nach jeder Doppelschicht etwas Gewürz drüber streuen, bis alle Zutaten verbraucht sind. Das Ganze noch einmal bei milder Wärmezufuhr mindestens 20 Minuten im geschlossenen Topf ziehen lassen. Die Butter drunter heben und alles vorsichtig mischen, ggf. mit Salz und Pfeffer nachwürzen. Für den deutschen Gaumen passt dazu ein Klecks Gewürzketchup (Werder) und etwas Schmand. Guten Appetit.

Dr. Uta Sändig

22. Todestag von Sven Beuter

Am 15. Februar 1996 begegnete der 23-jährige Stadtspitze nie ein ernsthaftes Interesse an einer Grabenstraße dem Faschisten Sascha L. Nachdem Beuter L. als "Nazischwein" bezeichnet haben soll, prügelte L. derart auf ihn ein, verschleifte ihn 50 Meter in die Havelstraße und traktierte ihn dort weiter mit Tritten, so dass Beuter am 20. Februar 1996 im Krankenhaus starb.

Leider hat es von Seiten der Stadtspitze nie ein ernsthaftes Interesse an einer Erinnerung an die faschistische Tat und Sven Beuter gegeben - bis auf eine Gedenkplatte vor dem Haus in der Havelstraße 13. Verschiedenen Aktivist*innen, alten und jungen, ist es zu verdanken, dass das Gedenken an Sven Beuter bis heute aufrecht erhalten wird.

Sascha L. wohnt in Brandenburg an der Havel, ist oft in der Stadt zu sehen. Von seiner menschenverachtenden Ideologie hat er bis heute nicht gelassen und beteiligt sich regelmäßig an faschistischen Demonstrationen.

Am 20. Februar findet um 19 Uhr eine Gedenkundgebung vor dem Haus in der Havelstraße 13 für Sven Beuter statt, zu der wir alle Interessierten ganz herzlich einladen.

Daniel Herzog

Bilderrätsel

Die älteste Stadt zwischen Elbe und Oder ist Brandenburg an der Havel. Viele neue und ältere Details sind sehenswert – doch wie oft sind wir in Gedanken woanders und gehen daran einfach vorbei! Heute wollen wir genau nach solchen Details fragen.

Bild 1 zeigt die Hauptstraße 64. Ein Schild informiert Interessierte, dass am 25.11.1995 das Glockenspiel eingeweiht wurde. Wir lesen weiter: „Es ertönt mit einer Spieldauer von ca. 2 Minuten zu jeder vollen Stunde von 9 – 19 Uhr. Mittagsruhe Sonntag 13 – 15 Uhr.“

Wir wollen wissen, wie viele Glocken am Gebäude der Hauptstraße 64 angebracht wurden.

- A 10
 B 17
 C 20



Foto: WeM



Foto: WeM

Bild 2 zeigt die Gottfried-Krüger-Brücke (im Volksmund auch Bauchschmerzenbrücke genannt). Da diese von Menschen mit Einschränkungen schlecht zu bewältigen ist, wurde jüngst ein sogenannter Bypass direkt daneben gebaut, ganz ohne Stufen. Aber um die Stufen der Bauchschmerzenbrücke geht es hier:

Wie viele Stufen muss ein Spaziergänger hinter sich bringen?

- A 9 B 16 C 18



Foto: WeM

Bild 3 zeigt die Havel in der Nähe der Jahrtausendbrücke. Beide Uferseiten wurden umgestaltet und laden jetzt zu gemütlichem Verweilen ein. Am Salzhofufer, in unmittelbarer Nähe zur Kaimauer, direkt an den Treppen, wurden schicke Lampen neu aufgestellt.

Wir wollen wissen, wie viele Lampen es sind.

- A 15
 B 18
 C 23

Allen Rätselfüchsen viel Spaß beim Raten und viel Glück. Die Gewinner dürfen sich auch diesmal auf drei City-Schecks freuen. Einsendeschluss ist der 30.04.2018.

Werner Müller

Was? Wann? Wo?

05.02.2018 – 10.00 Uhr

10.02.2018 – 09.30 Uhr

12.02.2018 – 18.00 Uhr

14.02.2018 – 18.00 Uhr

15.02.2018 – 19.00 Uhr

21.02.2018 – 09.30 Uhr

25.02.2017 – 17.00 Uhr

26.02.2018 – 18.00 Uhr

27.02.2018 – 16.00 Uhr

08.03.2018 – 10.00 Uhr

12.03.2018 – 18.00 Uhr

14.03.2018 – 18.00 Uhr

21.03.2018 – 09.30 Uhr

26.03.2018 – 18.00 Uhr

27.03.2018 – 16.00 Uhr

09.04.2018 – 18.00 Uhr

11.04.2018 – 18.00 Uhr

18.04.2018 – 09.30 Uhr

23.04.2018 – 18.00 Uhr

24.04.2018 – 16.00 Uhr

- Podiumsdiskussion Thema Seniorenpolitik, Haus der Begegnung, Jacobstr. 12
- Kreisparteitag der LINKEN, TGZ, Friedrich-Franz-Str. 19
- Fraktionssitzung
- Sitzung Kreisvorstand
- MAZ-Wahlforum, Audimax der THB
- Bürger*innenfrühstück
- Wahlparty SPD/LINKE/GRÜNE→Fontaneclub
- Fraktionssitzung
- Beratung BO-Vorsitzende

- Internationaler Frauentag, Aktionen im Stadtgebiet
- Fraktionssitzung
- Sitzung Kreisvorstand
- Bürger*innenfrühstück
- Fraktionssitzung
- Beratung BO-Vorsitzende

- Fraktionssitzung
- Sitzung Kreisvorstand
- Bürger*innenfrühstück
- Fraktionssitzung
- Beratung BO-Vorsitzende

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN, Kirchhofstr 1-2, statt. Änderungen und Ergänzungen vorbehalten.

Bitte achten Sie auch auf Terminankündigungen in der Presse.

Auflösung des Bilderrätsels von Ausgabe 2/2017

Unsere Rätselfüchse mussten diesmal Geduld haben. Die letzte Ausgabe liegt relativ lange zurück. Es ging um das Wissen über die höchsten Wohngebäude unserer Stadt.

Hier sind die richtigen Antworten:

1. Das älteste Hochhaus befindet sich in der **Sankt-Annen-Straße (c)**.
2. Für das Hochhaus in der Brielower Straße und den damals neuen Stadtteil Nord wurde der Hochbehälter 3 im Jahr **1967** in Betrieb genommen (c).
3. Das von den Brandenburgern als Buchhochhaus bezeichnete Gebäude hat die Postanschrift **Kreyssigstraße 67 und 68 (b)**.

Wir gratulieren Gerda Braunschweig, Cornelia Baatz und Peter Müller (alle Brandenburg an der Havel) zum Gewinn je eines City-Schecks.

Werner Müller

Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 01/2018, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Andreas Kutsche. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, **Auflage:** 15.000 Stück, **Layout:** Druckerei Henry Bertz, **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild /WeM/ und Koordination), **Redaktion:** Jule Moosdorf, Petra Zimmermann, Robert Kleiber, Andreas Kutsche und Wilfried Weise, **Foto:** DIE LINKE (4, 4), **Grafik:** privat (6), **Karikatur:** Schwarwel (6)

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Kirchhofstr.1 – 2, 14776 Brandenburg an der Havel

- Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
- Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61

Website: www.dielinke-stadt-brb.de

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de